

Wege aus der Klimakrise

Jetzt in unsere Zukunft investieren!

Forderungen an die nächste Bundesregierung

Die Auswirkungen der von Menschen gemachten Klimakrise werden weltweit immer stärker spürbar. Die global erstarkende Klimagerechtigkeitsbewegung fordert zu Recht: Wir müssen jetzt handeln! Die Klimaforschung gibt uns noch 10 Jahre, um das Ruder herumzureißen. Wenn wir weitermachen wie bisher, werden so viele Treibhausgasemissionen ausgestoßen, dass die Pariser Klimaziele in weite Ferne rücken. Die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft erfordert Klimaschutzanstrengungen auf allen Ebenen: auf lokaler, nationaler, EU- und weltweiter Ebene. Österreich muss hier ebenso seinen Beitrag leisten, wie andere Länder und die EU. Es geht darum, zu zeigen, dass diese Umstellung machbar und zum Nutzen der Gesellschaft ist. Österreich soll sich in den Kreis jener Länder einreihen, die jetzt entschlossen vorangehen und auf mehr Ambition beim Klimaschutz drängen. Dabei spielen die österreichischen Gemeinden eine zentrale Rolle, sie können mithilfe von öffentlichen Investitionen in die Zukunft investieren und somit schon im kleinen Rahmen eine klimaneutrale Wirtschaft ankurbeln.

Dazu braucht es investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und eine Flexibilisierung der fiskalpolitischen Steuerung der EU durch Einführung der goldenen Investitionsregel¹ um öffentliche Zukunftsinvestitionen möglich zu machen.

Wenn wir unsere Treibhausgase weiter nicht reduzieren, dann verfehlen wir die EU-Klimaziele und es drohen in Österreich Strafzahlungen von bis zu 8,7 Mrd. Euro pro Jahr. Statt Strafzahlungen in Milliardenhöhe aufgrund von Nichtstun anzuhäufen, fordern wir jährlich eine Klimaschutzmilliarde in besseren öffentlichen Verkehr, erneuerbare Energien, thermische Sanierung und Heizkesseltausch zu investieren. So schaffen wir den sozial-ökologischen Umbau und viele gute Arbeitsplätze. Wir brauchen jetzt Investitionen in unsere Zukunft, statt milliardenschwerer Strafzahlungen.

Die nächste österreichische Bundesregierung muss daher einen wirksamen und sozial ausgewogenen Energie- und Klimaplan erarbeiten, der kompatibel mit den Pariser Klimazielen ist. Der Orientierungsrahmen dafür muss das Bestreben sein, ein gutes Leben für alle zu schaffen. Das bedeutet, dass zum einen bereits der Prozess hin zu einem post-fossilen Zeitalter demokratisch gestaltet werden muss; das heißt, er darf keinesfalls an den Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen vorbei vonstattengehen. Zum anderen muss er gute Arbeit und Lebensbedingungen, leistbare Energie und Mobilität für alle schaffen. Es muss also auch sichergestellt werden, dass die Umstrukturierungen in den Produktionsprozessen und der Arbeitswelt nicht zulasten der Arbeitnehmer*innen und einkommenschwacher Haushalte gehen. Wir fordern ein Maßnahmenpaket, das finanziell abgesichert ist, Klima und Menschen schützt und gute Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Bereichen schafft.

¹ Die „Goldene Investitionsregel“ besagt, dass öffentliche Investitionen nicht auf das Defizit nach den EU-Budgetregeln angerechnet werden dürfen. Vgl. Truger, Achim. IMK. (2015): Die Implementierung der Goldenen Regel für öffentliche Investitionen in Europa. Sicherung der öffentlichen Investitionen und Unterstützung der Konjunktur. Zusammenfassung. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Studie_Golden_Rule_kurz.pdf

1. Klimaschutzpaket: Mobilität, Energiewende und Lebensmittelsysteme

Der Verkehrssektor hatte bisher den Hauptanteil am Verfehlen der Klimaschutzziele in Österreich. Es braucht eine verantwortungsvolle Mobilitätspolitik, die auf umweltfreundliche, leistbare und attraktive Lösungen für alle setzt und deren zentrale Basis der öffentliche Verkehr ist. Ein wesentlicher Bestandteil davon ist der öffentlich finanzierte Personennahverkehr.

Für eine **leistbare und umweltschonende Mobilität für alle** sind folgende Maßnahmen dringend notwendig:

- ◆ Reaktivierung und Ausbau von Regionalbahnen
- ◆ Ausweitung des Busverkehrs
- ◆ Ausbau und Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Umrüstung der Flotten auf umweltschonende Technologien
- ◆ Infrastrukturprojekte für Gehen und Radfahren
- ◆ Stärkere Förderung von Öffi-Tickets & Reform der Pendlerpauschalen
- ◆ Stärkere Förderung von Öffi-Tickets & Reform der Pendlerpauschalen
- ◆ Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Güterverkehr auf der Schiene

Beispielrechnung

Wie wichtig diese Investitionen sind, zeigt eine Berechnung des Umweltbundesamts. 50 Prozent der Autofahrer*innen können sich einen Umstieg auf den öffentlichen Verkehr vorstellen, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden. Mit zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Verkehr von 500 Mio. Euro pro Jahr und einer Senkung der Ticketpreise könnten die CO₂-Emissionen um 390.000 Tonnen gesenkt werden und über 100.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Darüber hinaus müssen wir das Energiesystem in Österreich ökologisch nachhaltig machen, d.h. unseren Verbrauch von Energie reduzieren und die Energieerzeugung umstellen. In folgenden Bereichen sind für eine **sozial gerechte und solidarische Energiewende** Investitionen notwendig:

- ◆ Thermische Sanierungen
- ◆ Förderung dezentraler Stromerzeugung und Anpassung der Netzinfrastruktur an neue Herausforderungen sowie eine gerechte Verteilung der Kosten
- ◆ Beratungsoffensive für Energiesparen und Nachhaltige Energieformen
- ◆ Maßnahmenpaket gegen Energiearmut

Zusätzlich muss ein **sozial-ökologisches Lebensmittelsystem** mit kurzen Transportwegen, leistbaren Lebensmitteln und fairen Arbeitsbedingungen ermöglicht werden. Deshalb fordern wir, dass öffentliche Gelder nur mehr für sozial-gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft bzw. Lebensmittelsysteme vergeben werden. Es braucht Förderungen für Projekte, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördern (z.B. solidarische Landwirtschaftsprojekte, regionale bzw. ökologisch nachhaltige Lebensmittelvertriebssysteme etc.) und das Ende einer EU-Handelspolitik, die lokale nachhaltige Landwirtschaftssysteme zerstört und die Abholzung von klimaschützenden Wäldern befördert, wie das etwa mit dem EU-Mercosur Abkommen der Fall wäre.

2. Ökosteuern, die der Umwelt und dem Klima nützen und sozial gerecht sind

Der Verbrauch von Energie und Rohstoffen und umweltschädliches Verhalten werden in Österreich noch immer sehr gering besteuert. Lediglich 5,7 Prozent der Gesamtabgaben (rund 9,5 Mrd. Euro)³ kommen aus der Besteuerung von Energie oder umweltschädlichem Verhalten. Das muss sich ändern. Es braucht eine Ökologisierung des Steuersystems bzw. der Wirtschaft, mit dem Ziel die Steuereinnahmen auf Energie und Rohstoffe zu verdoppeln. Damit diese Steuererhöhungen sozial gerecht sind und nicht auf Kosten der breiten Masse der Arbeitnehmer*innen geht, braucht es im Gegenzug dazu die Einführung eines Ökobonus für Haushalte bzw. eines Innovationsbonus für Unternehmen und die Senkung von Steuern auf Arbeit. Der Ökobonus stellt eine Rückverteilung pro Kopf der Einnahmen aus Öko-Steuern dar, bei der jede Person gleich viel erhält. Damit erfahren energiesparsame Haushalte keine Mehrbelastung durch Ökosteuern und jene, die unterdurchschnittlich Energie verbrauchen erhalten sogar mehr zurück, als sie an Ökosteuern bezahlt haben. Einkommensschwache Haushalte profitieren, durch diese Form der Rückvergütung überproportional, was die soziale Ausgewogenheit der Reform sicherstellt. Der Innovationsbonus soll Unternehmen in einem Sektor unterstützen, die nachhaltige und umweltschützende Maßnahmen setzen. Finanziert wird der Innovationsbonus wiederum aus den Einnahmen aus Umweltsteuern im jeweiligen Sektor. So kann die Wettbewerbsfähigkeit trotz höherer Kosten für umweltfreundliches unternehmerisches Verhalten erhalten bleiben.

Erste Schritte für eine **sozial-ökologische Steuerreform** in Österreich müssen folgende Maßnahmen umfassen:

- ◆ Angleichung der Mineralölsteuer (MöSt) für Diesel und Soziale Ausgleichsmaßnahmen für Mineralölsteuer-Erhöhung
- ◆ LKW-Maut auf allen Straßen in Österreich
- ◆ Neuregelung der Förderentgelte für bundeseigene fossile Rohstoffe (Erdöl und Erdgas)
- ◆ Einführung einer Düngemittelabgabe
- ◆ Reform der NoVA in Richtung stärkerer Gewichtung des CO₂-Ausstoßes
- ◆ Reform der steuerlichen Begünstigung für Firmenwagen
- ◆ Reform der Kfz-Steuer



Für Details zu den hier vorgeschlagenen Maßnahmen und Zahlen siehe: **Wege aus der Krise (2017): Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget (2017-2019)**, online: http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/Baustelle_2016/Zukunftsbudget_2017_-_2019_web.pdf

Zum Begriff „Just Transition“ und den Kriterien für einen sozial gerechten Übergang siehe: **Wege aus der Krise (2019): Just Transition! Klimaschutz demokratisch gestalten**, online: http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/downloads/Just_Transition/Just_Transition_final.pdf

³ Vgl. Statistik Austria (2019): Öko-Steuern (Datenstand 2017): http://statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/umwelt/oeko-steuern/index.html